



über die 5. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 10. Oktober 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:40 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Frau Hinterseer
Herr Maidorn
Herr Schlaweck
Frau Schlickhoff
Herr Theis
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied BG

Herr Milewski

Beratende Mitglieder

Herr Kampmann
Herr Krampe
Herr Suk

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Peske
Herr Reinholz

entschuldigt fehlten

Herr Brumberg

Herr Büchel

Frau Diester

Herr Hinterseer

Frau Jacobsmeier

Herr Kaczmarek

Herr Kalle

Frau Lübke

Frau Lungenhausen

Herr Treese

Frau Dr. Winzer-Milo

Frau **Dyduch** begrüßte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und die Gäste.
Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Analyse und Optimierung der Heimpflegekosten; Vorstellung des Gutachtens durch das Institut für Soziale Arbeit - ISA -	
2.	Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Kamen hier: Vorstellung eines gemeinsamen Projektes der Stadt Kamen und der Arbeitsverwaltung durch die Firma ACTIVA	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Analyse und Optimierung der Heimpflegekosten; Vorstellung des Gutachtens durch das Institut für Soziale Arbeit - ISA -

Herr **Schnurr** stellte das Gutachten zur Analyse der Praxis der Leistungsgewährung und der Angebotsstruktur bei den Hilfen zur Erziehung im Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Kamen vor. Es wurde hiermit festgestellt, dass ambulante Dienste ausgebaut wurden, um Heimunterbringungen zu vermeiden. Insgesamt würden sehr vielseitige Hilfen durch den ASD gewährt werden. Das Personal sei ausgelastet, so dass die Empfehlung auch dahin geht, dass mehr freie Träger beauftragt werden sollten. Im Übrigen wird auf den Bericht und die daraus vermittelten Empfehlungen verwiesen.

Frau **Dyduch** bedankte sich bei Herrn Schnurr.

Herr **Theis** fragte nach, ob die erhöhten Fallzahlen in Heeren damit zusammenhängen, dass in Heeren viele Kinderheime belegt werden.

Herr **Schnurr** entgegnete, dass der Fachbereich Jugend keine Heime in Heeren belegen würde, sondern die Fallzahlen nach der Herkunft der Eltern ausgewertet würden.

Herr **Güldenhaupt** erläuterte zum Diagramm 4 des Gutachtens, dass in Heeren-Werve bedingt durch vorherige Personalausfälle die Heimpflegefälle gestiegen sind. Die Ursachen der gestiegenen Heimpflegefälle seien also belegbar. Die heutige Situation stelle sich ansonsten wieder anders dar, im Übrigen sei Heeren-Werve auch bei Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit nicht stärker belastet als andere Stadtteile.

Frau **Bartosch** regte an, dass man doch mehr freie Träger für Leistungsgewährung gewinnen sollte und sprach dem ISA ein Kompliment für das gute Gutachten aus.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** sagte, dass die Aussagen des Gutachtens auch umgesetzt werden und nicht in irgendeiner Schublade verschwinden sollten. Er bezweifelte, dass die Fälle in Heeren-Werve bedingt durch die Personalausfälle begründet werden können. Er würde sich weitere Anregungen des ISA für die Arbeit des Fachbereiches Jugend und Soziales wünschen.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass bei der geringen Zahl von Heimpflegefällen ein Heimpflegefall schon ausschlaggebend für das Diagramm sei. Er wiederholte, dass die Ursachen für die gestiegenen Heimpflegefälle in diesem Zeitraum in Heeren-Werve belegbar sind.

Frau **Müller** sagte, dass die differenzierte Sozialraumanalyse gut sei, da aus dieser Schlüsse gezogen werden können. Sie lobte die positive Arbeit des ASD und der Spezialdienste. Sie bedauerte, dass Fachkräfte fehlen und regte, an mehr Fachkräfte einzustellen.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass auf Grund der Haushaltssituation kein zusätzliches Personal eingestellt werden kann, wobei er anmerkte, dass die Auslastung des Personals des Fachbereich Jugend sich an der Grenze befindet. Er erklärte, dass Chancen und Möglichkeiten, mit freien

Trägern zusammenzuarbeiten, analysiert und genutzt werden sollen. Ansätze werden bereits innerhalb des Fachbereich erarbeitet. Mit einem Ergebnis kann jedoch nicht innerhalb des nächsten halben Jahres gerechnet werden. Der JHA wird über den Stand informiert werden.

Herr **Kampmann** äußerte, dass eine weitere Kostenoptimierung letztendlich ohne eine Personalaufstockung nicht mehr möglich sei. Durch eine Personalaufstockung könnten Kosten eingespart werden und flexiblere Hilfen, insbesondere ambulante Hilfen, erhöht und optimiert werden.

Herr **Brüggemann** stellte nochmals klar, dass die Personalauslastung sich am Ende der Leistungsfähigkeit befindet. Auf der letzten Seite des Gutachtens lässt sich gut erkennen, dass nur zeitweise mehr Personal benötigt wird, nicht ständig, deswegen sollten möglichst ambulante Dienste von freien Trägern beauftragt werden und / oder es müssten andere Konstruktionen auf Praktikabilität und Finanzierbarkeit überlegt werden.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** sagte, dass ohne eine Personalaufstockung die Kosten nicht weiter gesenkt werden könnten, insbesondere bei der Heimpflege. Die Haltung der Verwaltungsleitung kein zusätzliches Personal einzustellen sei ein Widerspruch, wenn man von Senkung der Kosten spricht.

Herr **Brüggemann** verwies daraufhin auf seine bereits getätigten Aussagen und sagte, dass er keinen Widerspruch sehe, da Drittleister beauftragt werden sollen. Er verwies nochmals auf die Haushaltslage und erklärte, dass man Möglichkeiten finden wolle, flexibel temporäre Angebote aufzuschließen. Die langfristige Bindung an zusätzlich eingestelltes städtisches Personal sei nicht unbedingt geboten.

Frau **Scharrenbach** sagte, dass eine Scheindiskussion geführt werden würde. Zusätzliches Personal kann auf Grund der angespannten Haushaltssituation nicht eingestellt werden, dadurch müssten zwangsläufig ambulante Dienste von freien Trägern eingekauft werden. Der Erziehungsberatungsstelle würden Zuschüsse gestrichen und es muss darüber gesprochen werden, wie man mit dieser Situation umgeht. Es sei immer ein Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Qualität. Sie bat darum, dem JHA eine Liste der freien Träger, die ambulante Hilfen anbieten, zur Verfügung zu stellen.

Frau **Dyduch** bedankte sich bei Herrn Schnurr und verabschiedete ihn.

Zu TOP 2.

Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Kamen
hier: Vorstellung eines gemeinsamen Projektes der Stadt Kamen und der
Arbeitsverwaltung durch die Firma ACTIVA

Frau **Dyduch** stellte Frau Reif von der Firma Activa vor und erteilte ihr das Wort.

Frau **Reif** stellte das Projekt zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit vor.

Frau **Müller** stellte fest, dass es ein sehr aufwändiges aber positives Projekt sei, da bei den Jugendlichen ja ein Rücklauf von 50 % bestehe. Sie fragte weiter nach, wie die Arbeitgeber zu diesem Projekt stehen.

Frau **Reif** antwortete, dass in Deutschland noch keine Erfahrungswerte bestehen, da dieses Projekt noch am Anfang steht. In Holland jedoch werde das Projekt sehr gut angenommen. Über sogenannte Research-center, ähnlich wie ein Callcenter, würden die AG befragt. Sie sagte, dass die Beantwortung der Fragen an die Arbeitgeber etwa 5-7 Minuten dauert.

Frau **Müller** fragte daraufhin, wann mit einer ersten Auswertung zu rechnen ist.

Herr **Brüggemann** und Frau **Reif** äußerten, dass man wohl Anfang Dezember mit ersten Ergebnissen rechnen könnte.

Weitere Fragen ergaben sich nicht zum TOP 2.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Herr **Weigel** fragte nach, ob es Zahlen oder Statistiken geben würde, die aufzeigen, welchen Weg Jugendliche nach der Jugendhilfe gehen.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass es darüber keine Statistiken gibt. Tendenzen jedoch könne man formulieren. Darüber würde im Familien- und Sozialausschuss gesprochen werden, insbesondere über den Bericht der Werkstatt Unna.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer